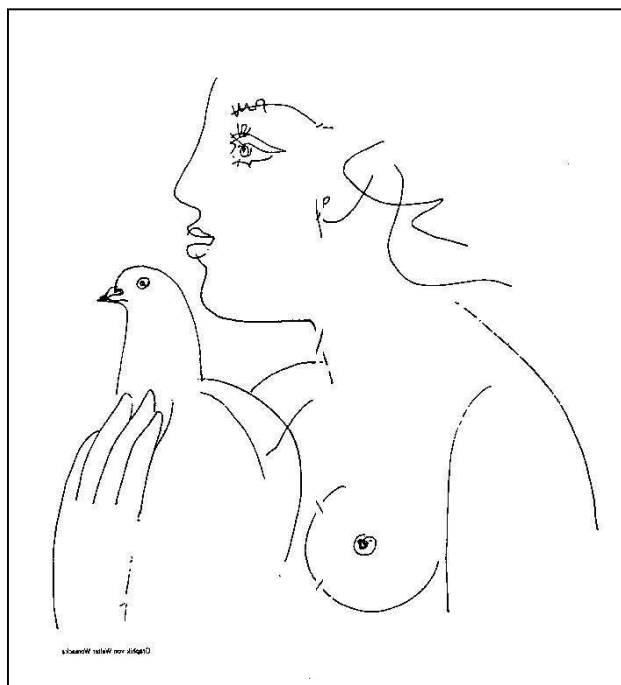


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der
Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 11



„Friede ernährt“

von

Prof. Dr. Georg Grasnack

Redaktionsschluss: 01.07.2004

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin
Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de

“Krieg zerstört - Friede ernährt” - diese Erfahrung und Erkenntnis, diese Weisheit der Völker - sie mündete immer wieder in dem Wunsch und dem Verlangen nach Vernunft, nach Frieden, nach Gerechtigkeit, nach Wohlfahrt der Menschen.

Seit dem Altertum haben große Denker Anklage gegen Rüstung und Krieg erhoben.

Das geistige, moralische Erbe der großen Denker floss nach dem bisher größten Völkermord 1945 in die Charta der Vereinten Nationen ein: **“Frieden”** haben für alle Staaten, für alle Regierungen, für alle Völker Priorität, um **“den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen zu fördern.”**

So die Lehre und Verpflichtung aus vielmillionenfachem Leid der Völker.

Die, die heute Abrüstung, Frieden und Erhalt der sozialen Sicherungssysteme einfordern, stehen in der Tradition der humanistischen Vorkämpfer für eine andere, eine bessere Welt. Sie wirken 90 Jahre nach dem von Deutschland angezettelten Ersten und 65 Jahre nach dem von deutschem Boden ausgehenden Zweiten Weltkrieg im Sinne der vor nahezu sechs Jahrzehnten vereinbarten Menschenrechtscharta der UNO.

Sie stehen dagegen auf, dass auch von deutscher Seite wiederum Krieg als Mittel der Politik gelten soll, wie es mit der Teilnahme am völkerrechtswidrigen Krieg zur Zerstörung Jugoslawiens geschah, wie es mit der nachträglichen Rechtfertigung des anglo-amerikanischen Krieges gegen Irak und der Okkupation des Landes geschehen ist.

Bundeskanzler Schröder gab 2001 zu verstehen, dass **“wir in den letzten drei Jahren - manchmal etwas unbemerkt - deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, wie ich glaube, fundamental verändert haben.”**

Nach dem Wegfall der Systemkonkurrenz erhielt der militärische Faktor in der deutschen Außenpolitik erneut einen hohen Stellenwert.

“Neuordnung der Welt”?

Für die USA war der Zusammenbruch der Sowjetunion das Signal, die Welt nach den Bedürfnissen ihrer Transnationalen Konzerne und Großbanken umzugestalten. So verkündete Bush sen. 1991 eine “Neuordnung der Welt”.

Die durch den Anschluss der DDR größer gewordene Bundesrepublik Deutschland fühlte sich ermuntert, ihrerseits von einer “besonderen neuen Verantwortung Deutschlands” in der Welt und von der “Rückkehr zur Normalität” zu sprechen.

Bundeskanzler Kohl erklärte, Deutschland könne **“sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten.”**

In den 1992 erlassenen Verteidigungspolitischen Richtlinien wurden als “vitale Interessen” des Landes “die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt” definiert. **In aller Welt...!!**

Mit dem Wechsel von der Kohl- zur Schröder-Regierung wurden die expansiven Ansprüche des bundesdeutschen Kapitals präzisiert. “Nach der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands und der Wiedererlangung unserer vollen Souveränität”, so Schröder, “haben wir uns in einer neuen Weise der internationalen Verantwortung zu stellen.” Schröder setzte hinsichtlich der “neuen Weise” einer Ausweitung der Weltmachtrolle Deutschlands die **“Enttabuisierung des Militärischen”** auf die Tagesordnung und mit der Beteiligung am völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien gleich in zerstörerische Außenpolitik um.

Die 2003 erlassenen, neugefassten Verteidigungspolitischen Richtlinien leiten aus der These, dass die deutsche Wirtschaft aufgrund “ihres hohen Außenhandelsvolumens und der damit

verbundenen besonderen Abhängigkeit von empfindlichen Transportwegen (besonders) verwundbar” sei, die Schlussfolgerung ab, dass “Verteidigung geografisch nicht mehr einzugrenzen” sei.

Wer hier von “empfindlichen Transportwegen” spricht, meint den Zugang zu Rohstoffen und Märkten sowie den Anspruch, diese auszubeuten bzw. zu überfremden. Es geht, entsprechend der US-Strategie von 1992, um “Neuordnung” im Sinne einer Rekolonialisierung.

2003 - im Jahr des US-Überfalls auf den Irak, verkündete eine Denkschrift der SPD-Grundwertekommission das Streben Deutschlands nach einem “wirtschaftlich und politisch leistungsfähigen Großraum” mit einem “Hinterhof”, der bis nach Zentralasien und dem Nahen Osten reichen müsse. Dabei gehe es um die Grundfrage, ob die “großen westlichen Nationen”, also auch Deutschland, sich weiter der Führung der USA unterwürfen, oder aber eigene Machtmittel weiterentwickeln:

- um die spezifischen Interessen des Kapitals durch eine entsprechende “globale politische Ordnung” zu erreichen,
- um im Prozess der neoliberalen Globalisierung an der weltweit betriebenen Ausplünderung von Rohstoffen und Humankapital zu partizipieren,
- um einen “Platz an der Sonne”, der Maximalprofite zum Fließen bringt, zu besetzen.

Die deutschen bzw. europäischen Transnationalen Konzerne und Großbanken wollen also die “Neuordnung der Welt” nicht ihren US-Partnern bzw. Rivalen allein überlassen.

Die “Frankfurter Rundschau” kommentierte, was in der SPD-Denkschrift als Deutschlands “legitimes eigenes Interesse” an solch “globaler politischer Ordnung” festgeschrieben ist: Deutschland müsse “als größter und wirtschaftlich stärkster Staat in Europa” für einen EU-Verbund eintreten, der fähig sei, “sich gegen äußere wirtschaftliche und politische und gegebenenfalls auch militärische Pressionen zu wehren.”

Die hier konstruierten “militärischen Pressionen”(Zwänge) schreien - selbstredend - nach “Verteidigung” !

In ihrer im Februar 2004 von Bush und Schröder verabschiedeten gemeinsamen Erklärung **“Das deutsch-amerikanische Bündnis für das 21. Jahrhundert”** wird ein “Geflecht der Bedrohung” skizziert, das von “Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, Tyrannen, Armut, mangelnden Chancen und gewaltsamem Extremismus ausgeht”. “Gründe” genug für die bundesdeutschen “Modernisierer”, “Verteidigung” in den Verteidigungspolitischen Richtlinien zu konkretisieren. Bundeswehrminister Struck spricht Klartext: “Mögliches Einsatzgebiet der Bundeswehr ist die ganze Welt.”

Doch wer den letzten Winkel unseres Erdballs militärisch erreichen, wer ihn “befrieden” will, um die “ empfindlichen Transportwege” der deutschen Wirtschaft unverwundbar zu machen, der muss die bisher auf herkömmliche Verteidigung strukturierten Streitkräfte “reformieren”. Der muss die Bundeswehr und die in Aufstellung begriffene EU-Armee auf Interventionsfähigkeit an neu zu beschaffende Waffen trimmen.

Um- und Aufrüstung sind also angesagt.

Kapital ins Wasser werfen?

Horrende Summen sind für die Aufstellung, Ausstattung und Unterhaltung von deutschen Interventionsstreitkräften erforderlich.

Für 213 neue Kriegswaffenprojekte der Bundeswehr sollen bis 2014 rund 145 Milliarden Euro verpulvert werden.

Struck und sein Generalinspekteur Schneiderhan stellten im Januar 2004 die veränderten Strukturen der Bundeswehr vor.

Danach soll ein Kern von “Eingreifkräften (etwa 35.000 Soldaten) für multinationale Operationen hoher Intensität” gebildet werden.

Um diesen Kern sollen “Stabilisierungskräfte (etwa 70.000 Soldaten) gruppiert werden. “Unterstützungskräfte” (etwa 137.500 Soldaten) sollen das Hauptkontingent darstellen.

Die herrschende Politik ist entschlossen, dafür auch weiterhin moderne Produktivkräfte zu missbrauchen.

Die dritte wissenschaftlich-technische Revolution hat mit der Elektronisierung eine regelrechte Explosion der Produktivkräfte bewirkt. Unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen könnten die entfaltenen Produktivkräfte für sinnvolle, dem Menschen dienende sozial-, bildungs- und kulturpolitische Projekte, für qualitativ bessere Lebensbedingungen der Menschen hierzulande (und nicht zuletzt in der "Dritten Welt"!) genutzt werden. Wünsche und Hoffnungen der Menschheit, die die großen Denker über so viele Jahrhunderte immer wieder so eindringlich dargelegt haben, könnten erfüllt werden.

Die "Reformer" und "Modernisierer" von heute schmähen jegliche Vernunft, missachten die Grundinteressen der Menschen und bedienen die Forderungen eines "entfesselten Kapitalismus".

Viele Milliarden werden von der Schröder-Regierung für die Schaffung und Aufrechterhaltung von US-Protectoraten und bundesdeutschen Stützpunkten (z. B. Afghanistan, Kosovo) verschwendet. In den Protectoraten üben die Truppen der Army und ihrer Verbündeten eine "Schutzherrschaft" aus. Angeblich zur Befriedung des jeweiligen Landes, wie die Praxis zeigt aber zur Umsetzung wirtschaftlicher Interessen des Kapitals und zur Verwirklichung geostrategischer Ziele der "Neuordner".

100.000 Bundeswehrangehörige befanden sich bisher in Auslandseinsätzen. Offiziell 1,5 Milliarden Euro im Jahr stellt die Bundesregierung aus dem Steuersäckel gegenwärtig für diese Einsätze bereit. Ungleich größere Beträge schluckt die Umrüstung der Bundeswehr.

Karl Marx wies vor fast eineinhalb Jahrhunderten eindringlich darauf hin, dass Rüstung, dass Krieg "ökonomisch dasselbe ist, als wenn die Nation einen Teil ihres Kapitals ins Wasser würfe."

Die heutige SPD-geführte Bundesregierung hat solche Wahrheiten längst über Bord geworfen.

Immer wieder erwies und erweist sich: **Rüstungsaufwand befriedigt keinerlei zivile ökonomische, keinerlei soziale und kulturelle Bedürfnisse der Menschen.**

Im Gegenteil - verheerend war und ist die damit verbundene Vernachlässigung dringender sozialer Aufgaben sowie bildungspolitischer Erfordernisse.

Infolge der "Enttabuisierung des Militärischen" und der "Agenda 2010" erfolgt nicht nur die Vernachlässigung solcher Notwendigkeiten. Es wurde nunmehr der rigorose Abbau der in Jahrzehnten von der Arbeiterbewegung erkämpften sozialen Sicherungssysteme in Angriff genommen.

Rüstung verschlingt die Mittel, die für soziale Aufgaben sinnvoll verwendet werden könnten und müssten.

So wirft die SPD-geführte Bundesregierung, unterstützt von Grünen, CDU/CSU und FDP auf Kosten der Beschäftigten und Kranken, der Rentner und Studenten sowie der Alleinerziehenden einen nicht unbeträchtlichen Teil des von den Menschen erwirtschafteten Kapitals ins Wasser!

Die heutige Sozialdemokratie hat sich politisch und moralisch von jener, die zu Marx, Engels und Bebel's Zeiten zum Lichte eines besseren Lebens der Menschen empor strebte, um Lichtjahre entfernt.

Denkt man an Deutschland...

Mit dem Untergang der gesellschaftlichen Alternative zum Kapitalismus und mit dem damit verbundenen Anschluss der DDR an die BRD hielten die herrschenden Kräfte dieser Bundesrepublik die Zeit für gekommen, bis dahin eingegangene soziale Kompromisse aufzukündigen,

An die Stelle der verbal betonten "sozialen Marktwirtschaft" trat der entfesselte Kapitalismus in Aktion.

An die Stelle der sogenannten "Sozialpartnerschaft" wurde das die Gewerkschaften zermürbende "Bündnis für Arbeit" gesetzt.

An die Stelle der sozialen Sicherungssysteme wurde die soziale Demontage gerückt.

An die Stelle der im Grundgesetz verankerten, aber nie verwirklichten "Sozialpflichtigkeit des Eigentums" trat verstärkte

Umverteilung von unten nach oben und damit weitere soziale Polarisierung.

Unsicherheit und Zukunftsangst beherrschen zunehmend das Denken von immer mehr Menschen.

Mit der "Agenda 2010" wurde dem sozialen Frieden im Lande der Kalte Krieg angesagt.

Und so sieht heute der von der Kapitalverwertung und der Profitjagd der Konzerne und Banken geprägte bundesdeutsche Alltag aus:

- 4,6 Millionen Menschen sind offiziell als Arbeitslose registriert.
Weitere zwei bis zweieinhalb Millionen sind mit Hilfe von allerlei Tricks aus der Statistik herausgefallen oder haben selbst aufgegeben. Sie werden sozialer Deklassierung unterworfen.
- Von 4,3 Millionen (2002) auf 6,7 Millionen (2003) wuchs die Zahl der Minijobs. Die Etablierung eines Niedriglohnsektors kommt voran. Die Zahl derer, die arbeiten gehen und trotzdem arm sind (Working Poor), wächst.
- 2,9 Millionen Bundesbürger sind Sozialhilfeempfänger.
In den neuen Bundesländern hat sich ihre Zahl in einem Jahrzehnt verdoppelt.
Die Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau ab 2005 wird nach Angaben des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes die Zahl der Armen von 2,8 auf 4,5 Millionen erhöhen.
- 500.000 Jugendliche sind erwerbslos. 150.000 Ausbildungsplätze fehlten im Jahr 2003.
- 410.000 Bundesbürger sind als Wohnungslose erfasst. 50.000 von ihnen sind völlig obdachlos.

- Erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik wurden 2004 die Renten gesenkt. Die Rentenansprüche heutiger und künftiger Generationen werden reduziert. Das Rentenniveau soll auf unter 50 Prozent früher erzielter Arbeitseinkommen gedrückt werden. 6,5 Millionen Rentner beziehen im Monat weniger als 600 Euro Rente. In Ostdeutschland erhalten 23 Prozent der Rentner eine Niedrigrente von 500 Euro.
- Das Gesundheitswesen wird auf allen Strukturebenen heruntergefahren und verteuert. Versicherte werden mit zusätzlichen Zahlungen und Gebührenerhöhungen traktiert. Die Privatisierung medizinischer Leistungen wird forciert.
- Auch im Bildungswesen regiert der Rotstift. Privatisierung auch hier. Der Zugang zu Bildungsstätten wird immer stärker von den finanziellen Möglichkeiten der Bewerber abhängig.

Der neoliberale Um- und Abbau des Sozialstaates mit Hilfe der "Agenda 2010" bewirkt, dass Beschäftigte und Arbeitslose, Rentner und Jugendliche Tribut zahlen für die "Enttabuisierung des Militärischen" und für die Weltmachtambitionen und -ziele des deutschen Kapitals.

"Um unserer deutschen Verantwortung in und für Europa gerecht werden zu können, müssen wir zum Wandel im Innern bereit sein", führte Schröder in seiner Regierungserklärung am 14. März 2003 aus. Und weiter: "Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Emanzipation im Äußeren und den Reformen zur Wiedererlangung der ökonomischen Kraft".

Sozialabbau und Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich sollen die Mittel beschaffen, die für die "Reform" der Bundeswehr, für das "Wiedererlangen der ökonomischen Kraft" benötigt werden, um an der "Neuordnung der Welt" mit zu wirken.

Bundeswehrminister Struck verspricht sich offensichtlich von der "Agenda 2010", dass ihm künftig mehr Mittel für die Umrüstung der Bundeswehr und weitere Auslandseinsätze zur Verfügung stehen werden.

Struck noch einmal im Original: “Die Agenda 2010 wird ihre Früchte tragen und auch dem Haushalt mehr Spielraum verschaffen.”

Könnten die Urväter der Sozialdemokratie heute auf dieses Deutschland blicken, wo Schröder und Müntefering , die sich Sozialdemokraten nennen und als Genossen der Bosse deren Geschäfte besorgen, sie wären um den Schlaf gebracht...

Politik ohne Alternative?

Die Waffen, die die Bundeswehr innerhalb eines Jahrzehnts für künftige Interventionskriege rund um den Erdball beschaffen und einsetzen will, zerstören bereits heute. Nämlich:

- die Zukunftsaussichten junger Menschen,
- die Hoffnungen von Millionen Erwerbslosen auf Beschäftigung, den Wunsch der Senioren auf einen ruhigen Lebensabend,
- die Erfordernisse der Sozial- und der Bildungssysteme,
- die soziale Sicherheit der Menschen,
- die Sehnsucht der Völker nach Frieden.

Wiederholt hat Schröder und haben Mitglieder seiner Regierung betont, es gebe zu ihrem Kurs des Sozialabbaus “keine Alternative”, ihre Politik sei “alternativlos”.

SPD-Chef Müntefering unterstellt denen, die aus Protest gegen diese Politik auf die Straße gehen, sie hätten “keine Lösung”.

Abgesehen davon, dass es in dieser Gesellschaft so viel Reichtum wie noch nie gibt: **Zu jeder Politik, die von Menschen gemacht wird, gibt es eine Alternative.**

Nachstehend einige Beispiele, was an die Stelle laufender Waffenbeschaffungsprogramme für zivile Alternativen aufgewendet werden könnte:

Waffenprogramme

Zivile Einrichtungen

180 Eurofighter (Kosten: 20 Mrd. €)	oder	250.000 Mietwohnungen a 70 qm
112 Kampfhubschrauber "Tiger"(Kosten: 3,7 Mrd. €)	oder	821 Altenpflegeheime a 60 Plätze
243 Transporthubschrauber (Kosten: 6,1 Mrd. €)	oder	1.564 Grundschulen mit Sporthalle
60 Militärlinienbusse A 400 M (Kosten: 8,3 Mrd. €)	oder	572 Berufsschulen a 1.000 Schüler
8 U-Boote U 212 (Kosten: 2,0 Mrd. €)	oder	1.666 Kindergärten a 4 Gruppen
3 Fregatten F 124 (Kosten: 2,1 Mrd. €)	oder	236 Studentenwohnheime a 200 Plätze
Auslandseinsatz von z. Zt. 7.300 Bundeswehrsoldaten in sieben Ländern (Kosten: 1,4 Mrd. € pro Jahr)	oder	Schaffung von 25.000 Arbeitsplätzen für Krankenschwestern und 20.000 Arbeitsplätzen für Altenpfleger

Was wäre möglich, wenn man den von Menschen geschaffenen Reichtum nicht für Rüstung und militärische Abenteuer ausgäbe:

- Der Verzicht der Bundesregierung auf die Beschaffung von 60 Militär-Airbussen würde eine Einsparung von 8,5 Mrd. € bedeuten. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und die damit verbundenen Verschlechterungen in den Lebensverhältnissen der Betroffenen erübrigte sich.

- Der Verzicht der Bundesregierung auf die Anschaffung der 180 Eurofighter, der 243 Transporthubschrauber und der 112 Kampfhubschrauber könnte das Gesundheitssystem der Bundesrepublik ohne die sogenannte Gesundheitsreform finanzierbar machen. (Aufwendungen der Beitragszahler, Patienten und Kranken 30 Mrd. € allein in den Jahren 2004 und 2005)
- Der Verzicht der Bundesregierung auf die Stationierung von 7.400 Bundeswehrsoldaten in gegenwärtig sieben Ländern mit einem jährlichen Kostenaufwand von 1,4 Mrd. Euro könnte den Wegfall des Mutterschafts- und des Sterbegeldes gegenstandslos machen.

Unheil Massenarbeitslosigkeit

Der Krebschaden bei der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme ist die Massenarbeitslosigkeit. Die herrschende Politik stellt sich taub, wenn von Gewerkschaften und Sozialverbänden Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit, nach Schaffung von Arbeitsplätzen, beispielsweise im ökologischen Bereich, im Bildungs- und im Gesundheitswesen oder in der Altenbetreuung erhoben werden.

Das Politikverständnis von SPD/Grünen/CDU-CSU und FDP schließt derartige Überlegungen aus. Massenarbeitslosigkeit eignet sich, wie das Kapital es demonstriert, wirkungsvoll dazu, Beschäftigte zu disziplinieren und Löhne zu drücken.

Alternativen zu Rüstung und militärischen Interventionen sowie Schritte zur Konversion werden kategorisch abgelehnt.

Millionen und aber Millionen Bürgerinnen und Bürger fordern, den Sozialabbau zu stoppen und rückgängig zu machen sowie Investitionen für friedliche statt für militärische Zwecke einzusetzen.

Bundeskanzler Schröder aber behauptet mit Blick auf die "Agenda 2010": "Das ist das Signal, auf das die Menschen in

Deutschland gewartet haben.“ Um später hinzuzufügen, es werde hinsichtlich dieser Politik keinen Kurswechsel geben. Sie werde “entschieden und konsequent” fortgesetzt.

Die “Opposition” von CDU/CSU und FDP reibt sich die Hände. Je “entschiedener und konsequenter” die SPD-geführte Bundesregierung Sozialkahlschlag und Militarisierung betreibt, desto bessere Bedingungen für eine noch brutalere Spielart des neoliberalen Gesellschaftsumbaus fände die heutige “Opposition” im Falle eines Regierungswechsels vor.

In der Bevölkerung nehmen indes Wut und Empörung über die schmerzhaften Belastungen der Lebensbedingungen als Folge der “Reformen” zu.

“Wer immer mehr für weltweite Interventionstruppen ausgibt, der hat am Ende kein Geld für Soziales, für Bildung, für Gesundheit”, heißt es im Aufruf einer Friedensinitiative.

“Wir sehen nicht ein, dass Sozialleistungen deshalb abgebaut werden, um Kriegseinsätze der Bundeswehr weltweit zu finanzieren”, wird im Appell der Aktionskonferenz “Alle gemeinsam gegen den Sozialkahlschlag” gesagt.

Gemeinsam handeln

Von der Erkenntnis getragen, dass die menschliche Gesellschaft nicht durch Krieg entstanden ist, sondern durch Arbeit, dass sie ihre kulturelle Entwicklung nicht durch Rüstungen und Eroberungen befördert hat, sondern im Ergebnis friedlichen Tuns legen Friedensbewegungen und soziale Bewegungen alternative Forderungen zum politischen Wahnsinn der Herrschenden vor und rufen zu weiterem Widerstand auf.

Der gemeinsame Nenner der für Frieden sowie für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit wirkenden Organisationen und Verbände lautet:

Abrüstung statt Sozialabbau !

Nachfolgende Forderungen werden in diesem Zusammenhang immer wieder auch als Alternativen zur gegenwärtigen Politik erhoben:

- Rigoroser Abbau des Personalumfangs der Bundeswehr
- Generelle Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr und Rückführung jener Einheiten, die sich gegenwärtig in sieben Ländern im Einsatz befinden
- Stopp aller Rüstungsprojekte
- Schluss mit dem Abbau sozialer Rechte
- Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung für alle gesetzlichen Versicherungen
- Gesetzliche Einführung einer Regelarbeitszeit von 35 Stunden pro Woche. Begrenzung der Überstunden und der Mehrarbeit
- Erhalt und Ausbau der sozialen Sicherungssysteme unter anderem durch Beitragspflicht für alle Erwerbseinkommen und alle Bürger
- Befreiung der gesetzlichen Krankenversicherung und der Rentenversicherung von versicherungsfremden Leistungen
- Senkung der Arzneimittelpreise mit Hilfe der Positivliste und durch effiziente Preiskontrollen
- Wiedereinführung der Vermögens- und Neugestaltung der Erbschafts- und Schenkungssteuer
- Einführung einer unbegrenzten Steuerpflicht für im Ausland erzielte Gewinne deutscher Unternehmen nach deutschem Recht

- Sonderabgabe auf große Vermögen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut.

75 Prozent der Menschen in der Bundesrepublik lehnen die Politik der “Agenda 2010” als “sozial ungerecht” ab. Sie verlangen eine Wende der Politik.

Auf ungezählten Demonstrationen in unserem Land protestieren viele Hunderttausende gegen Militarisierung und Sozialabbau. Ihr Protest mündet immer wieder in dem Ruf:

Es reicht!

Gemeinsames Handeln der Friedensbewegten und der sozialen Bewegungen für Abrüstung und die Zivilisierung der internationalen Politik sowie für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit und die Vernetzung ihrer Organisationen und Verbände – das eröffnet dem Ringen um eine alternative Politik neue Möglichkeiten.

Es geht um sozialen Frieden im Innern und um Frieden nach außen.

Die Lehren der Jahrhunderte mahnen: **Friede ernährt. Rüstung und Krieg zerstören!**

In einer Erklärung des Europäischen Friedensforums wird festgestellt:

“Frieden und Sicherheit sind zivilisatorische Grundwerte, sind elementare Menschenrechte. Ihre Verwirklichung ist ohne Einmischung der Völker in die Politik undenkbar. Die derzeitigen Auseinandersetzungen auf unserem Kontinent sind ein Prüfstein dafür, inwieweit die europäischen Völker und Politiker Lehren aus zwei “heißen” Weltkriegen und dem “kalten” Krieg ziehen können. Politiker, vor allem aber alle friedliebenden demokra-

tischen Kräfte, darunter die verschiedenen Friedensbewegungen und –organisationen sind herausgefordert, Wege zu finden und zu gehen, die in gesicherten gesellschaftlichen Verhältnissen nicht nur ein nacktes Überleben, sondern ein würdevolles Leben in Frieden, Sicherheit und in einem Klima der Völkerfreundschaft gewährleisten. Eine andere Welt ist, wie es heute oft heißt, nicht nur möglich. Sie ist auch äußerst notwendig.“

Frieden in Europa und in der Welt ist jedoch ohne Herausbildung einer anderen, gerechteren Welt nicht vorstellbar.



Aus: *Aufhör'n - Karikaturen gegen den Krieg*
GNN Verlag